Anlage 1

**Stellungnahmen und Abwägungsvorschläge zum Satzungsbeschluss über den
Bebauungsplan Nr. 1030V „Werftstraße Süd-West“
für das Gebiet Werftstraße 240 - 248**

Stellungnahmen zu Äußerungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 24.04.2023 bis zum 26.05.2023 (Auslegung) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 13.04.2023 bis zum 30.05.2023

Stellungnahmen von Behörden und Trägern öffentlicher Belange		Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB	
		Stellungnahme	
		ja	nein
1.	Deutsche Telekom Technik GmbH	x	
2.	Landeskriminalamt Schleswig-Holstein	x	
3.	Seehafen Kiel GmbH & Co. KG	x	
4.	Landesamt für Umwelt des Landes Schleswig-Holstein	x	
5.	Deutsche Bahn AG	x	
6.	Stadtwerke Kiel AG	x	
7.	Umweltschutzamt	x	
8.	Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein	x	
9.	Landeseisenbahnverwaltung	x	
10.	IHK-Kiel	x	
11.	Denkmalschutzbehörde	x	

Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägungsvorschlag der Verwaltung
---	--

1	Deutsche Telekom Technik GmbH, Stellungnahme vom 19.04.2023	
<p>Keine Bedenken</p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.</p> <p>Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Gegen die o.a. Planung haben wir keine Bedenken.</p>		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
<p>Versorgungsabsichten</p> <p>Die Telekom beabsichtigt die B-Pläne mit FTTH zu versorgen.</p>		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

2	Landeskriminalamt Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 25.04.2023	
<p>Kampfmitteluntersuchung vor Baubeginn</p> <p>In der o. a. Gemeinde/Stadt (Kiel) sind Kampfmittel nicht auszuschließen. Vor Beginn von Tiefbaumaßnahmen wie z. B. Baugruben/Kanalisation/Gas/Wasser/Strom und Straßenbau ist die o. a. Fläche/Trasse gem. Kampfmittelverordnung des Landes Schleswig-Holstein auf Kampfmittel untersuchen zu lassen. Die Untersuchung wird auf Antrag durch das</p> <p style="padding-left: 40px;">Landeskriminalamt Dezernat 33, Sachgebiet 331 Mühlenweg 166 24116 Kiel</p> <p>durchgeführt. Bitte weisen Sie die Bauträger darauf hin, dass sie sich frühzeitig mit dem Kampfmittelräumdienst in Verbindung setzen sollten, damit Sondier- und Räummaßnahmen in die Baumaßnahmen einbezogen werden können.</p>		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis ist auf der Planzeichnung vermerkt worden.
<p>Verhaltensregeln bei relevanten Funden</p> <p>Zum Ende des zweiten Weltkrieges war Schleswig – Holstein das letzte „freie“ Bundesland. Aus diesem Grunde versuchten alle Wehrmachtseinheiten sich dorthin zurück zu ziehen. Dort lösten diese sich auf und ca. 1,5 Millionen Soldaten gerieten in Kriegsgefangenschaft. Das Wissen darüber führte dazu, dass sich die</p>		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

<p>Soldaten überall ihrer Waffen, Munition und Ausrüstung entledigten.</p> <p>Dadurch kann es überall zu Zufallsfunden von Waffen, Munition oder Ausrüstungsgegenständen kommen. Offensichtlich schlechter Zustand und starke Rostbildung sind kein Beweis für die Ungefährlichkeit eines Kampfmittels.</p> <p>Wer solche Waffen, Munition oder kampfmittelverdächtige Gegenstände entdeckt, hat im eigenen Interesse folgende Verhaltensregeln zu beachten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Diese Gegenstände dürfen niemals bewegt oder aufgenommen werden 2. Die Arbeiten im unmittelbaren Bereich sind einzustellen 3. Der Fundort ist so abzusichern, dass Unbefugte daran gehindert werden an den Gegenstand heran zu kommen. 4. Die nächstliegende Polizeidienststelle ist über den Fund zu unterrichten 5. Die Gegenstände dürfen auf keinen Fall zur Polizeidienststelle verbracht werden 	
---	--

<p>3</p>	<p>Seehafen Kiel GmbH & Co. KG, Stellungnahme vom 28.04.2023</p>	
<p>Hinweis auf frühere Stellungnahme</p> <p>Sie veröffentlichten am 14.04.2023 auf Ihrer Internetseite die öffentliche Auslegung der Entwürfe der vorhabenbezogenen Bebauungspläne Nr. 1017V „Kap Horn Mischnutzung“ (1. Änderung, Nr. 1030V „Werftstraße Süd-West“ und Nr. 1031 V „Werftbahnstraße“.</p> <p>Eine erste Stellungnahme zum B-Plan Nr. 1017V gaben wir bereits am 12.08.2019 ab (siehe Anlage 1). Ergänzend zu dieser Stellungnahme beziehen wir uns im Folgenden auf die Unterlage 11 Verkehrsuntersuchung zum Bauvorhaben „Kool Kiel“, Bebauungsplan Nr. 1017V (siehe Anlage 2).</p> <p>Zudem weisen wir darauf hin, dass die Landeseisenbahnverwaltung in die Planung mit einzubeziehen ist.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) S. 26: 5 Verkehrs und Mobilitätskonzept und 2) S. 37: 6 Auswirkungen eines neuen ÖPNV-Systems in der Stadt Kiel. 	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>	
<p>Rechtssituation Bahnübergang für KfZ</p> <p>Zu 1)</p> <p>In der beschriebenen Planung wird davon ausgegangen, dass der bisher für Fußgänger und (schiebende) Radfahrer bestehende Bahnübergang (BÜ) zwischen</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Der BÜ ist in seinem aktuellen Zustand nur für Fußgänger (und schiebende Radfahrer) nutzbar. Das zugrunde gelegte Erschließungskonzept des Gesamtbauvorhabens geht dagegen von einer neuen straßenverkehrlichen Verbindung zwischen Werftbahnstraße und Anni-Wadle-Weg durch eine höhengleiche</p>	

<p>Anni-Wadle-Weg und der Werftbahnstraße zu einem Kfz-fähigen BÜ ausgebaut wird.</p> <p>Am Dienstag, 21.03.2023 wurde dieses Thema bereits in einem online-Termin erörtert. Anwesend waren Vertreter des Planungsbüros Ramboll, der Landeshauptstadt Kiel, der Eisenbahnaufsichtsbehörde und der Seehafen Kiel.</p> <p>Nach § 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) und § 12 Eisenbahnbau- und betriebsordnung (EBO) dürfen neue höhengleichen Kreuzungen (BÜ) für Kfz nicht angelegt werden, sondern sind als Überführung herzustellen. Eine Ausnahme müsste umfassend begründet und von der zuständigen Landesbehörde genehmigt werden. In der Besprechung wurde darauf hingewiesen, dass u.a. erörtert werden muss, warum eine andere Verkehrsplanung (ohne den neuen BÜ) absolut nicht möglich wäre, insbesondere daher, da sich in unmittelbarer Nähe zum besagten BÜ bereits 2 Kfz-fähige Gleisquerungen befinden (BÜ Bahnhofstraße und Überführung Gablenzstraße).</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass der beschriebene BÜ Werftbahnstraße für Kfz nach derzeitigem Stand rechtlich nicht zulässig ist.</p>	<p>Kreuzung der Bahnanlagen aus und hatte dafür den Ausbau des vorhandenen BÜ in Aussicht genommen. Hierüber sollte eine möglichst kurze und direkte Verbindung im zusätzlich geplanten Parkhaus auf dem Ausweichgrundstück an der Adolf-Westphal-Straße/Ecke Anni-Wadle-Weg (KoolKiel 2) hergestellt werden.</p> <p>Nach dem Gesetz über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen (Eisenbahnkreuzungsgesetz - EBKrG), § 2, Absatz 1 ist eine entsprechende neue Kreuzung der vorhandenen Bahnanlage durch eine Fahrbahn mit Kfz-Verkehr als Überführung herzustellen. Allerdings wird in Absatz 2 auf mögliche Ausnahmen – z.B. bei schwachem Verkehr oder wenn keine alternative Kfz-Verbindung/Erschließung vorliegt – hingewiesen. Im vorliegenden Fall sind zwar relativ geringe Belastungen zu erwarten, jedoch ist eine alleinige Erschließung des Parkhauses auch über die vorhandene Adolf-Westphal-Straße und den Anni-Wadle-Weg möglich. Somit ist unter Umständen die ursprünglich berücksichtigte neue Querverbindung für den Kfz-Verkehr zwischen Werftbahnstraße und Anni-Wadle-Weg nicht genehmigungsfähig.</p> <p>Nach der öffentlichen Auslegung sind daher die Auswirkungen einer geänderten Erschließung des zusätzlichen Parkhauses über die Adolf-Westphal-Straße und den Anni-Wadle-Weg aufzuzeigen und nachzuweisen, dass die Erschließung auch ohne den bisher berücksichtigten BÜ funktionsfähig und leistungsfähig ist.</p> <p>Im Ergebnis konnte seitens der Fachgutachter bestätigt werden, dass in Anbetracht der geringen zusätzlichen Belastungen eine geänderte Erschließung des Bauvorhabens respektive des Parkhauses auch in den maßgebenden Spitzenstunden der Hauptverkehrszeiten morgens und nachmittags die Verkehrsabwicklung an den betroffenen Knotenpunkten und Straßenabschnitten nicht nachhaltig beeinflusst. Es ist davon auszugehen, dass sich die vorhandene Verkehrsqualität insbesondere an den Knotenpunkten Bahnhofstraße/Adolf-Westphal-Straße West und Ost, Bahnhofstraße/Schwedendamm sowie Gablenzstraße/Anni-Wadle-Weg nicht verändert.</p> <p>Änderungen in der Planzeichnung oder den textlichen Festsetzungen sind nicht erforderlich. Die Begründung wird entsprechend ergänzt.</p>
<p>Beteiligung bei neuem ÖPNV-System</p> <p>Zu 2)</p> <p>Die Abbildung 30 zeigt die mögliche Führung einer Stadtbahntrasse und eine Mitbenutzung der Gleisanlage "Kieler Ostuferbahn" (KO) von Seehafen Kiel zur Anbindung an das Regionalbahnnetz.</p> <p>In einem online-Termin vom 01.04.2021 mit Vertretern des Planungsbüros Ramboll, der Landeshauptstadt</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Langfristige Planung der Stadt Kiel ist ein Anschluss der Stadtbahn an das Regionalbahnnetz im Bereich der Werftbahnstraße. Diese mögliche Anbindung wird bei der Umsetzung des Bebauungsplanes Nr. 1031V durch Anpassungen der Höhenlage sowie durch Freihaltung der möglichen Gleistrasse von anderen Nutzungen berücksichtigt. Sollten sich die Planungen</p>

<p>Kiel, der Eisenbahnaufsichtsbehörde und der Seehafen Kiel wurde eine Mitbenutzung von Seehafen Kiel - Gleisen für die Stadtbahntrasse bereits ausgeschlossen. Über eine neue Planung zur Nutzung der vorhandenen Gleisanlage wurde Seehafen Kiel bisher weder informiert noch angehört.</p> <p>Die KO ist eine öffentliche Gleisanlage, die in erster Linie dazu dient, den Eisenbahngüterverkehr zum Norwegenkai, hier zur Passagier- und Frachtfähre der Colorline nach Oslo, sicherzustellen. Gemäß der von Seehafen Kiel veröffentlichten Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen-Besonderer Teil (NBS-BT) - Ergänzung zu Pkt. 3.3 NBS-AT hat der Eisenbahnverkehr mit Frachten von der/für die Fähre jederzeit Vorrang vor anderen Schienenverkehren. Um die ständige Verfügbarkeit der Gleisanlage für den Eisenbahngüterverkehr zu gewährleisten, stimmen wir dem Anschluss des Stadtbahnnetzes an unser Gleisnetz vorerst nicht zu.</p> <p>Auch bei einer Anbindung, die nur für Betriebsfahrten gedacht ist und nicht für die Fahrplantrassen, fordern wir eine vorherige umfassende Information über den geplanten Bau und Betrieb sowie eine Einbeziehung in die entsprechenden Planungen, um entscheiden zu können, ob wir diesem Vorhaben zustimmen können. Neben betrieblichen Belangen wäre es Grundvoraussetzung für unsere Zustimmung, dass die Fahrzeuge nach EBO zugelassen sind. Bezüglich einer Ausstattung des Gleises mit Oberleitung für Straßenbahn wäre Seehafen Kiel von sämtlichen Kosten freizuhalten.</p>	<p>konkretisieren, werden diese mit den Planungsbedingten frühzeitig abgestimmt.</p>
<p>Nachrichtlich: Stellungnahme vom 12.08.2019</p> <p>Bestehende Lärmbelastung durch Bahn</p> <p><i>Die Belange der SEEHAFEN KIEL GmbH & Co. KG sind hier wie folgt betroffen:</i></p> <p><i>SEEHAFEN KIEL GmbH & Co. KG ist als Rechtsnachfolgerin der Hafens- und Verkehrsbetriebe der Landeshauptstadt Kiel Eigentümerin und Betreiberin der „Kieler Ostuferbahn“ (KO) mit Anschluss an die DB Netz AG in Kiel Hauptbahnhof. Die KO verläuft 2-gleisig parallel zum Plangebiet und zur Werftbahnstraße, die zur Erschließung des Plangebietes dienen soll. Sie ist als öffentliche Eisenbahninfrastruktur vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein am 09.12.1970 unter dem Az.: VII/53a - T 2103/19 b mit Wirkung zum 01.01.1971 genehmigt worden. Da es sich bei der Eisenbahnanlage um eine öffentliche Eisenbahninfrastruktur handelt, kann die Anlage zu jeder Tages- und Nachtzeit von der SEEHAFEN KIEL GmbH & Co. KG und von jedem anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen genutzt werden. Es ist hier also eine Vorbelastung des Plangebietes durch Verkehrslärm aufgrund der Eisenbahnanlage zu berücksichtigen. Ferner bedeutet dies für spätere angrenzende Nutzungen, dass aufgrund des Bestandsschutzes u. a. keine Lärmschutzmaßnahmen gegenüber der SEEHAFEN KIEL</i></p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im Rahmen der Schalltechnischen Untersuchung wurde berücksichtigt, dass das Plangebiet von Schallimmissionen der angrenzenden Verkehrswege, der Hafensbahn, von Gewerbeeinheiten sowie Sport- und Freizeitanlagen betroffen ist. Die Kieler Ostuferbahn fällt demnach unter den zu berücksichtigenden Verkehrslärm.</p> <p>Der ermittelte Verkehrslärm liegt oberhalb der Immissionsgrenzwerte der 16.BImSchV. Wie im Abschnitt 3.2 der Schalltechnischen Untersuchung erwähnt, gilt diese Vorschrift für den Bau oder die wesentliche Änderung von öffentlichen Straßen sowie von Schienenwegen der Eisenbahnen und Straßenbahnen. Da es sich in der vorliegenden schalltechnischen Untersuchung um bestehende Verkehrswege handelt, ist die Einhaltung der Immissionsgrenzwerte der 16.BImSchV nicht zwingend erforderlich. Die Plangeberin verfügt über einen Ermessungsspielraum hinsichtlich der Schwelle des Einsetzens einer unzumutbaren Beeinträchtigung durch Verkehrslärm. Aufgrund des hohen Verkehrslärms und der Höhe der untersuchten Gebäude kommen ausschließlich passive Lärmschutzmaßnahmen infrage. Die vorgeschlagenen textlichen Festsetzungen sind in den Bebauungsplan aufgenommen worden.</p>

<p><i>GmbH & Co. KG als Betreiberin der Bahnanlagen geltend gemacht werden können. Aus Klarstellungsgründen könnte dies mit in die textlichen Festsetzungen des B-Planes aufgenommen werden.</i></p>	
<p>Ausschluss negativer Betriebsbeeinträchtigungen</p> <p><i>In jedem Fall bitten wir sicherzustellen, dass der vorgenannte Bebauungsplan keine unmittelbaren oder mittelbaren negativen Auswirkungen auf den Betrieb der Eisenbahnanlage haben wird. Einschränkungen und Nachteile jeder Art für die SEEHAFEN KIEL GmbH & Co. KG müssen ausgeschlossen sein, auch, um die Anbindung des Hafenteils Norwegenkai an den überregionalen bzw. internationalen Eisenbahnverkehr zu gewährleisten.</i></p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Einschränkungen auf die Kieler Ostuferbahn oder negative Auswirkungen, bedingt durch die Bebauungspläne 1017V – 1. Änderung, 1030V sowie 1031V sind nicht zu erwarten.</p>

<p>4</p>	<p align="center">Landesamt für Umwelt des Landes Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 03.05.2023</p>	
<p>Konkretisierung Lärmberechnung</p> <p>Folgende Hinweise und Anregungen werden mitgeteilt.</p> <p>Es ist eine weitere Planung als Gewerbelärmemittelt berücksichtigt worden „KoolKiel II“, Nr. 6.5 auf S. 26 anstelle des Parkplatzes des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, welcher in der Vorgängerversion noch berücksichtigt wurde. Dieses Bauvorhaben besteht aus einem sechsgeschossigen Parkhaus, Büro- und Schulnutzungen mit ca. 450 Stellplätze. Es werden jedoch nur Fahrzeugbewegungen (ohne Steigungen) auf den Zufahrten berücksichtigt und keine Gebäudefassadenabstrahlungen des Parkhauses. Bei den ermittelten Beurteilungspegeln für Gewerbelärm im B-Plan 1031 auf S. 52 wird bereits in der südwestlichen Ecke ein Beurteilungspegel von 45,4 dB(A) erreicht. Die Planung ist hier daher zu konkretisieren und zu berechnen, damit es zu keiner Überschreitung kommt.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Zum jetzigen Zeitpunkt liegt weder ein Bauantrag, noch eine abgeschlossene hochbauliche Planung für das Parkhaus im Bereich KoolKiel II vor. Im Zuge der Genehmigung für das Parkhaus von KoolKiel II müssen die Immissionsrichtwerte nach TA Lärm an der nächstgelegenen schutzbedürftigen Bebauung nachgewiesen werden. Da diese Immissionsorte (gemäß geltendem Planrecht Kerngebiet (MK)) einen deutlich geringeren Abstand zu dem Parkhaus aufweisen, ist davon auszugehen, dass die Immissionsrichtwerte eines Mischgebietes (MI) dann auch vor den Fassaden der Neubauten von KoolKiel I eingehalten werden.</p>	
<p>Schallschutzmaßnahmen</p> <p>Da in vorhabenbezogenen B-Plänen bereits detaillierte Kenntnisse und Regelungen vorhanden sind und getroffen werden, rege ich an, Schallschutzmaßnahmen zur Einhaltung von Innenraumpegel bei Schallausbreitung innerhalb von Gebäuden und Körperschallausbreitung nach TA Lärm zu berücksichtigen, wo gewerbliche Nutzungen und schutzbedürftige Nutzungen im gleichen Gebäude vorhanden sind (Immissionsorte innerhalb von Gebäuden).</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Die DIN4109-1:2018-01 “Schallschutz im Hochbau – Teil 1: Mindestanforderungen“ ist durch die Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen für das Land Schleswig-Holstein aus dem Mai 2022 im Bundesland Schleswig-Holstein bauaufsichtlich eingeführt. Die Tabelle 8 definiert Anforderungen an den Luft- und Trittschallschutz zwischen gewerblichen Nutzungen und schutzbedürftigen Räumen je nach Art der gewerblichen Nutzung. Die Tabelle 9 legt in den Zeilen 3 und 4 zulässige Schalldruckpegel aus gewerblichen Nutzungen in schutzbedürftigen Räumen fest. Zusätzliche Regelungen auf Ebene des Bebauungsplanes sind daher nicht notwendig.</p>	

5	<p style="text-align: center;">Deutsche Bahn AG, Stellungnahme 30.08.2022</p>	
<p>Hinweis auf Stellungnahme vom 30.08.2022 Vielen Dank für die erneute Beteiligung an dem o.a. Verfahren.</p> <p>Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien als bevollmächtigtes Unternehmen der DB Netz AG hat keine weiteren Auflagen und Hinweise vorzubringen.</p> <p>Unsere Stellungnahme vom 30.08.2022 behält weiterhin ihre Gültigkeit.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>	
<p>Verweis auf digitale Beteiligung Für die Zukunft bittet die DB Immobilien um eine digitale Beteiligung an das folgende Funktionspostfach: DB.DBImm.NL.HMB.Postfach@deutschebahn.com. Vielen Dank.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>	
<p>Nachrichtlich: Stellungnahme vom 30.08.2022</p> <p><i>Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange zum o.g. Verfahren.</i></p> <p><i>Durch die Verfahren werden die Belange der DB AG und ihrer Konzernunternehmen nicht berührt. Wir haben daher weder Bedenken noch Anregungen vorzubringen. Auf die durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehenden Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall usw.) wird vorsorglich hingewiesen.</i></p> <p><i>Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass Anlagen von der „Ostuferbahn“ welche sich u.E. im Eigentum von Thyssen Krupp Marine Systems ehemals Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) befinden, betroffen sein könnten. Wir empfehlen eine Beteiligung des genannten Unternehmens.</i></p> <p><i>Bitte nutzen Sie zukünftig gern unser Funktionspostfach: DB.DBImm.NL.HMB.Postfach@deutschebahn.com. Vielen Dank.</i></p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>	

6	<p style="text-align: center;">Stadtwerke Kiel AG, Stellungnahme vom 12.05.2023</p>	
<p>Keine Bedenken</p> <p>Die oben aufgeführte öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 1030 der Landeshauptstadt Kiel haben die Stadtwerke Kiel AG sowie die Fachbereiche der SWKiel Netz GmbH hinsichtlich der stadtwerkeseitigen Versorgungsleitungen und -anlagen geprüft und nehmen wie folgt Stellung:</p> <p>Es bestehen grundsätzlich keine Bedenken.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>	

<p>Unsere bisherigen Stellungnahmen zum B-Plan 1030 haben weiterhin Bestand.</p>	
<p>Hinweis zu Neu- oder Umbauten</p> <p>Neu- oder Umbauten sind zusätzlich zum B-Planverfahren, durch Anfragen mit Leistungswerten beim Netzbetreiber (projektinfo@stadtwerke-kiel.de) mindestens 6 Monate vor dem geplanten Baubeginn anzumelden.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und an den Grundstückseigentümer weitergeleitet.</p>
<p>Verweis hinsichtlich der Fernwärmeversorgung</p> <p>Hinweis zur Fernwärmeversorgung:</p> <p>Momentan erfolgt die Versorgung des Nachbargebäudes Werftstraße 248 über das Grundstück Werftbahnstr. 8.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Verweis hinsichtlich der Löschwasserversorgung</p> <p>Hinweis zur Löschwasserversorgung:</p> <p>Das Trinkwasserversorgungsnetz der Stadtwerke Kiel AG ist auf eine hygienisch einwandfreie Trinkwasserversorgung dimensioniert.</p> <p>Im Notfall können jedoch die vorhandenen Hydranten – im Rahmen der jeweiligen Kapazitäten des Trinkwasserversorgungsnetzes - zur Wasserentnahme für Löschwasser genutzt werden, unter Einhaltung des DVGW-Arbeitsblattes W-405.</p> <p>Auch weisen wir auf das Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (Brandschutzgesetz - BrSchG) § 2 hin.</p> <p>Der Brandschutz gehört zu den Pflichtaufgaben der Landeshauptstadt Kiel. Geforderte Löschwassermengen aufgrund der baulichen Nutzung sind mit dem zuständigen Amt der Landeshauptstadt Kiel abzustimmen.</p> <p>Die Stadtwerke Kiel AG können auf Anfrage die möglichen Entnahmemengen aus dem öffentlichen (Trink-) Wasserversorgungsnetz ermitteln und dem Amt mitteilen.</p> <p>Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

<p>7</p>	<p style="text-align: center;">Umweltschutzamt, Stellungnahme vom 23.05.2023</p>	
<p>Vermeidung von Auswirkungen auf Grundwasserhaushalt</p> <p><u>Seitens der UWB, Untere Wasserbehörde, Sachgebiete „Wasserwirtschaft, Wasserrecht“ (18.11):</u></p> <p>Aufgrund der Systematik der Begründungstexte gelten die nachfolgenden Anmerkungen für alle drei B-Pläne:</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und an die Vorhabenträgerin weitergeleitet.</p> <p>Aufgrund des hoch anstehenden Grundwassers wird innerhalb des Plangebietes des Bebauungsplanes Nr. 1030V von dem Bau einer Tiefgarage abgesehen. Die Tiefgaragen sind lediglich innerhalb des westlich</p>	

- Punkt 5. Auswirkungen der Planung, Unterpunkt „Schutzgut Wasser“:

Es wird darauf hingewiesen, dass der Eingriff in den Grundwasserhaushalt aufgrund der Tatsache, dass dort komplett eine Tiefgarage gebaut werden soll und das Grundwasser hoch ansteht, es einen Einfluss des Baukörpers auf den Grundwasserhaushalt, sowohl während der Bauphase als auch anschließend im Bestand geben wird. Insofern ist beim Grundwasser nicht nur der qualitative Eingriff zu bewerten, sondern auch der physikalische. Es sind entsprechende Maßnahmen vorzusehen, um die physikalische Auswirkung des Baukörpers auf den Grundwasserhaushalt (z.B. durch Aufstau) zu vermeiden.

angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 1031V sowie der nördlich angrenzenden 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1017V vorgesehen. Maßnahmen zur Vermeidung von physikalischen Auswirkungen des Baukörpers während der Bauphase und anschließend im Bestand sind vorgesehen, können jedoch zum jetzigen Planstand nicht abschließend benannt werden, sondern werden im Rahmen der Ausführungsplanung konkretisiert im Zuge des Genehmigungsverfahrens nachgewiesen.

Verweis auf Altlasten

In den Hinweis zum B-Plan-Nr. 1030V aufnehmen:

Altlasten:

Im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes befinden sich Flächen, deren Böden mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind. Die nachgewiesenen und vermuteten Verunreinigungen stehen einer grundsätzlichen Eignung des Gebietes für die festgesetzten Nutzungen nicht entgegen.

Für die folgenden Grundstücke ist ein Verdachtshinweis im Plan möglich und erforderlich (Warnfunktion); für diese Fläche besteht im Hinblick auf die langjährige Vornutzung ein konkreter Kontaminationsverdacht.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Kennzeichnung ist in der Planzeichnung bereits berücksichtigt.

Bezeichnung der Verdachtsfläche	Lage	(Vor-)Nutzung	Schadstoffinventar
AS 1527	Wertstraße 240-248	Autoreparaturwerkstätten	Mineralölkohlenwasserstoffe, Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe, BTEX, Schwermetalle
AS 414	Schwendendam 27	Tankstelle	Mineralölkohlenwasserstoffe, Polycyclische aromatische

			Kohlenwasserstoffe, BTEX	
Festlegung der Sanierungsmaßnahmen gemäß Genehmigungsverfahren Die vorliegenden Fachgutachten zu den drei oben genannten Bebauungsplänen sind ausreichend. Eine Verlagerung der in diesem Zusammenhang ungelösten Konflikte in den Planvollzug ist zulässig, da dort eine Lösung gewährleistet ist. Die genaue Art und der genaue Umfang der erforderlichenfalls notwendig werden Sanierungsmaßnahmen sind detailliert in Abhängigkeit der konkreten Bauvorhaben in den bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren festzulegen. Weitere Untersuchungen sind somit im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens nicht notwendig.				Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Keine weiteren Anmerkungen <u>Seitens der UNB, Unteren Naturschutzbehörde, Sachgebiete: Naturschutz, Baumschutz, Arten- und Biotopschutz:</u> <u>Naturschutzrechtlich</u> Keine weiteren Anregungen und Anmerkungen <u>Artenschutz</u> Keine weiteren Anregungen und Anmerkungen <u>Baumschutz</u> Keine weiteren Anregungen und Anmerkungen				Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8	Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 24.05.2023		
Keine Bedenken Seitens des LBV-SH wird folgendes bemerkt: Gegen die o. a. Bauleitplanung bestehen in straßenbaulicher und verkehrlicher Hinsicht kein Bedenken. Straßen des überörtlichen Verkehrs, die in der Verwaltung des LBV-SH liegen werden von der Änderung des B-Planes nicht betroffen.		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	

9	Landeseisenbahnverwaltung, Stellungnahme vom 25.05.2023
<p>Keine Bedenken, sofern Berücksichtigung genannter Aspekte erfolgt</p> <p>Das Plangebiet grenzt an die öffentliche Eisenbahninfrastruktur Strecke 9106 Kiel Hgbf- Seefischmarkt (Ostuferbahn) des nichtbundeseigenen Eisenbahninfrastrukturunternehmens SEEHAFEN KIEL GmbH & Co. KG. Daher werden Belange des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein als zuständiger Eisenbahnaufsichts- und genehmigungsbehörde berührt.</p> <p>Im Ergebnis meiner Einsichtnahme erhebe ich aus eisenbahntechnischer Sicht gegen die o. g. Bauleitplanung in der mir vorgelegten Form keine Bedenken, sofern folgende Aspekte für die Flächen im Bereich der Bahnanlage Berücksichtigung finden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es ist auszuschließen, dass Beleuchtungen, Leuchtreklamen, Werbeanlagen und dergleichen Blendungen von Eisenbahnfahrzeugen bzw. durch Form, Farbe, Größe oder Ort und Art der Anbringung Verwechslungen mit Verkehrszeichen oder Eisenbahnsignalen auslösen oder deren Wirkung beeinträchtigen können. Sollten sich dennoch entsprechende Feststellungen ergeben, sind die betroffenen Einrichtungen umgehend zu entfernen oder so zu ändern, dass Gefährdungen ausgeschlossen werden. • Forderungen der Grundstückseigentümer und -nutzer hinsichtlich der Beeinträchtigungen der Liegenschaften durch die bestehende Eisenbahnanlage und den Eisenbahnbetrieb (z. B. Lärmsanierungen, Maßnahmen zur Minimierung von Geruchs- und Staubemissionen etc.) sind, auch durch die Rechtsnachfolger der o. g. Personen nicht möglich und damit auszuschließen. • Sollte im Rahmen der Baumaßnahme eine Grundwasserabsenkung durchgeführt werden, ist von dem zuständigen Eisenbahnbetriebsleiter eine Zustimmung einzuholen. Der Eisenbahnbetriebsleiter legt die notwendigen Maßnahmen für die Gleislagesicherung fest. Der Landeseisenbahnaufsicht sind die notwendigen Maßnahmen zur Zustimmung vorzulegen. 	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die aufgeführten Hinweise werden an den jeweiligen Grundstückseigentümer weitergeleitet.</p>

10	IHK-Kiel, Stellungnahme vom 30.05.2023
<p>Keine weiteren Hinweise</p> <p>Wir bedanken uns für die Einbindung in das Beteiligungsverfahren und die damit verbundene Möglichkeit,</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

<p>eine Stellungnahme zur Wahrung der Interessen der gewerblichen Wirtschaft abzugeben.</p> <p>Darüber hinaus haben wir zu den Bebauungsplänen Nr. 1017V, Nr. 1030 und Nr. 1031 keine Ergänzungen oder Hinweise.</p>	
--	--

11	Denkmalschutzbehörde, Stellungnahme vom 24.05.2023	
<p>Keine zusätzlichen Anmerkungen</p> <p>In den Begründungstexten wurden die denkmalrechtlichen Stellungnahmen aus der vorherigen Beteiligung korrekt eingearbeitet. Es bestehen für den Bereich Denkmalschutz keine zusätzlichen Anmerkungen oder Änderungswünsche.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>	